

einander abstimmen können, nachdem es für diese beiden Bereiche zentral zuständig ist. Lösungen aus einem Guss sind das Prinzip auch hier im Hause.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Bestimmungen zur Zahl und zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche vorgetragen. Ich bitte Sie, Frau Präsidentin, dazu den nach Artikel 49 Satz 2 der Bayerischen Verfassung erforderlichen Beschluss des Landtages herbeizuführen.

Lassen Sie mich ergänzend auf weitere Entscheidungen hinweisen, die nicht der Bestätigung durch den Landtag gemäß Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedürfen, über die ich das Hohe Haus aber gerne vorab informieren möchte. Ich werde zwei Staatsministerinnen in der Staatskanzlei mit Sonderaufgaben nach Artikel 50 der Verfassung beauftragen.

Die Leitung der Staatskanzlei werde ich einer Staatsministerin als besondere Aufgabe übertragen. Diese soll zugleich Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben werden. Zu den Sonderaufgaben zählen vor allem die Entbürokratisierung sowie die zentrale Führung der Marke Bayern samt zugehöriger Öffentlichkeitsarbeit, soweit nicht andere Ressorts mit dafür zuständig sind.

Ich werde ferner eine Staatsministerin für Europaanliegenheiten und regionale Beziehungen berufen. Wir haben sehr viele Partnerschaften auf der ganzen Welt mit anderen Ländern, mit anderen Regionen. Wir pflegen, wenn ich nur das Stichwort Tschechien sagen darf, eine sehr gute Nachbarschaft mit all unseren Nachbarn. Dies alles fällt unter dieses Ressort.

Nach der am 15. September 2013 vom Volk bestätigten Verfassungsänderung soll die Staatsregierung künftig auch mit diesem Hohen Hause die europapolitische Abstimmung deutlich stärker suchen und bayerische Interessen in Brüssel wahren. Auf diese wichtigen Aufgaben wird sich in Zukunft eine Ministerin mit voller Kraft konzentrieren können.

Die neue Struktur der Staatsregierung hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative. Ich lade das Hohe Haus und alle Fraktionen herzlich ein, die genannten politischen Schwerpunkte konstruktiv zu begleiten, für Bayern und seine Menschen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf 15 Minuten Redezeit pro Fraktion verständigt. Als Erstem darf ich dem Frakti-

onsvorsitzenden der SPD, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, Herr Ministerpräsident! Der Ministerpräsident hat am 18. April 2013 in der "Passauer Neue Presse" angekündigt, die Verwaltung in Bayern tiefgreifend zu reformieren. Ein historischer Wurf solle sein neues Kabinett werden. Die Größe der Herausforderung verglich Herr Seehofer mit der Schaffung des modernen Bayerns unter dem königlichen Minister und Staatsreformer Maximilian von Montgelas vor 200 Jahren.

Heute präsentiert der Ministerpräsident das Ergebnis seiner Überlegungen, und das provoziert geradezu die Bemerkung: Vielleicht hätten die Ankündigungen auch ein kleines bisschen bescheidener ausfallen können; denn es drängt sich mit Blick auf den historischen Vergleich mit Montgelas der Verdacht auf: Der Berg kreiβte und gebar eine Maus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und dennoch, meine Damen und Herren, will ich mit einem Lob beginnen. Wir begrüßen es als SPD-Fraktion, dass mehrere unserer Forderungen und Vorschläge aufgegriffen wurden.

Wirtschafts- und Energiepolitik werden künftig in einem Ressort zusammengefasst. Sie haben den Missstand der letzten Legislaturperiode erkannt, nämlich dass die bisherigen Zuständigkeitsangelegenheiten zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium die Energiewende mehr blockiert als vorangetrieben haben und diesen Fehler korrigiert. Wir begrüßen das.

Die gesamte Bildungsbiografie von der frühkindlichen Bildung über die schulischen Laufbahnen bis hin zur Hochschule abzubilden, war mit Blick auf einen ganzheitlichen Bildungsbegriff immer unsere politische Forderung. Wir unterstützen, dass Sie diesen Weg einschlagen. Nun wird es vom Minister abhängen, ob ihn die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben erdrückt, oder ob er etwas daraus macht. Die bestehenden schulischen Herausforderungen, das Schulsterben in Bayern und die Probleme beim G 8 dürfen dabei nicht hintanstehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten es auch für einen überfälligen Schritt, dass das große Zukunftsthema Integration in einem Ministerium aufgewertet wird. Diese von uns erhobene Forderung hatten Sie bislang abgelehnt. Umso besser ist es, dass Sie hier einen Schwenk in die richtige Richtung vornehmen. Dabei darf es allerdings nicht bei einem Türschild "Integration" an der Ministeriumsportal-

te bleiben. Die Migrantinnen und Migranten in unserem Land erwarten echte Teilnahmechancen, so wie es ein Integrationsgesetz, das die SPD 2011 eingebracht hat, vorsieht. Wir werden mit unserem neuen Kollegen Arif Tasdelen demnächst ein solches Regelwerk der Willkommenskultur als Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, insgesamt ist der Zuschnitt der Ministerien nachvollziehbar. Sie korrespondieren mit vielen Kabinetten in den Bundesländern. Zu einem Staatsreformer Montgelas, Herr Ministerpräsident, steigen Sie damit also nicht auf. Aber Sie nehmen sinnvolle und nötig erscheinende Korrekturen vor. Dennoch betrachten wir manches auch mit Skepsis und Unverständnis.

Kritikpunkt eins: Im Sozialministerium, das bisher den Titel "Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen" hatte, fallen die Frauen künftig weg. Und nicht nur dort: Von 17 Kabinettsposten sind nur 5 mit Frauen besetzt, noch nicht einmal ein Drittel. Es gibt keine einzige Staatssekretärin. Der Frauenanteil im Kabinett ist immer noch höher als der Anteil der Frauen in der CSU-Fraktion. Dort liegt er bei 20,8 %. Aber nach der angeblichen CSU-Frauenoffensive war zwingend zu erwarten, dass mindestens jede zweite Position im Kabinett weiblich besetzt wird. Im 21. Jahrhundert sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

So jedoch zieht sich die Benachteiligung von Frauen wie ein roter Faden durch die Seehofer-Verwaltung. Eine parlamentarische Anfrage meiner Kollegin Dr. Simone Strohmayr hat ergeben, dass in den bayerischen Ministerien, die besonderen Vorzeigecharakter haben sollten, Frauen oft das Nachsehen haben. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil bei den Abteilungsleiterstellen bei 18 %, nur 22 % der Referate werden von einer Frau geleitet. In Ihrer Amtszeit, Herr Ministerpräsident, hat sich im Hinblick auf Gleichstellungsbelange nichts verbessert.

Die SPD-Fraktion wird in Kürze ein Bayerisches Gleichstellungsgesetz einbringen mit dem Ziel, berufliche Gleichstellung herzustellen und gleiche Chancen zu schaffen, insbesondere in den bayerischen Ämtern und Behörden. Das ist und bleibt ein Kernanliegen der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin wird nun das Arbeitsministerium von einer Frau geführt. Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag erwarten wir von Ihnen, Frau Müller, dass Sie dem Hohen Hause schnellstmöglich ein Vergabe- und Tariftreuegesetz vorlegen, das bei öffentlicher Auftragsvergabe einen Mindestlohn von 8,50 Euro vorsieht. Staatlich unterstütztes Lohndumping darf es in Bayern nicht weiter geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es folgt Kritikpunkt Nummer zwei: Der Ministerpräsident ist wie 2008 der Versuchung erlegen, Ressortzuschnitte nicht konsequent an den Prinzipien von Sinnhaftigkeit und Zielführung auszurichten, sondern er verteilt persönliche Zugeständnisse an einzelne Kabinettsmitglieder wie Bonbons und Süßigkeiten an kleine Kinder. Dies hat zur Folge, dass es in der laufenden Legislaturperiode wieder zu doppelten Verantwortlichkeiten und zu Zuständigkeitsüberschneidungen kommt, auch dort, wo es nicht sein müsste.

Im neuen Kabinett gehören Bundes- und Europaanliegen plötzlich nicht mehr zusammen, sondern werden auf zwei unterschiedliche Ministerien aufgeteilt. Der Verdacht liegt nahe: Sie wollten einer Ministerin etwas Gutes tun. Gut ist es jedoch nicht im Hinblick auf das Ganze; denn Bundes- und Europapolitik sind in der Praxis kaum zu trennen. Wir halten diese Entscheidung für einen Fehler.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es folgt Kritikpunkt drei: Wir hatten vorgeschlagen, die Zuarbeit in der Staatskanzlei, wie es früher bereits der Fall war, aufgabenadäquat nicht mit einem Minister- oder einem Ministerinnenposten zu belohnen. Früher ging das auch mit einer Staatssekretärin oder einem Staatssekretär. Leider sind Sie diesem unserem Sparvorschlag nicht gefolgt.

Es folgt Kritikpunkt vier: Sie hatten in den vergangenen Wochen immer wieder den Eindruck erweckt, auf den Ministerposten eine personelle Erneuerung anzustreben und zwar in einem nicht unerheblichen Umfang. Immer wieder hatten Sie bei den Medien offensiv Spekulationen genährt, Sie würden einen ganz großen Wurf wagen, würden neuen Gesichtern in Ministerämtern eine Chance geben.

Da waren Sie offensichtlich etwas voreilig. Ja, es wurde eine Staatssekretärin befördert, und es gibt eine einzige winzig kleine personelle Erneuerung auf einem Ministersessel: Professor Bausback wird Staatsminister der Justiz, übrigens eine Personalie, mit der wir als SPD gut leben können. Wir haben als SPD im Rechtsausschuss gewiss nicht immer Ihre

Auffassungen geteilt, Herr Professor Bausback, aber Sie haben seriöse Arbeit geleistet. Wir halten Sie prinzipiell für das Amt geeignet, was sich jedoch erst erweisen muss, und wir wünschen Ihnen ein glückliches Händchen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Ansonsten gibt es keine neuen Gesichter, auch keinen frischen Wind. Vielleicht mal ein externer Fachmann, eine Expertin ohne CSU-Parteibuch? - Nein, die CSU bleibt unter sich, und der Regionalproporz bestimmt das Denken. Ein personalpolitisches "Weiter so" liegt vor, einen großen Wurf wird das wohl niemand ernsthaft nennen. So hält der Ministerpräsident konsequent auch an von Affären geschüttelten Ministerinnen und Ministern fest. Angesichts der Ankündigung von Erneuerung, die nun nicht stattfindet, ist das kein besonderer Vertrauensbeweis des Regierungschefs in Richtung seiner CSU-Fraktion. Herr Seehofer erkennt dort wohl nicht zwingend die Talente für eine bayerische Staatsregierung.

Eine Neuerung soll nun regelrecht als Revolution vermarktet werden, und die Spin-Doktoren in der Staatskanzlei und in der Nymphenburger Straße arbeiten bereits an den Hochglanzbroschüren. Der Ministerpräsident hatte beim Zukunftsgutachten aufgrund des Drucks von bayerischer Opposition und Öffentlichkeit erkennen müssen, dass die Regionen von der CSU in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden waren. Ergebnis dieser Erkenntnis war: Ein Heimatministerium muss her, am besten im ländlichen Raum. So wurde es versprochen. Aus dem Heimatministerium ist nun ein Home-Office für Markus Söder geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Franke in gesunder geografischer Distanz zum Ministerpräsidenten - das wird wohl Gründe haben. Der Amtssitz liegt aber nicht, wie in Aussicht gestellt, im ländlichen Raum, sondern in der zweitgrößten Stadt Bayerns, in der Metropole Nürnberg, der Heimatstadt von Markus Söder.

Wir befürchten, dass es sich bei diesem Ministerium um eine reine Marketingmaßnahme handelt. Heimat zentralistisch zu organisieren, egal ob in München oder in Nürnberg, wäre ein bloßes "Weiter so". Bayern braucht nicht mehr CSU-Zentralstaat, Bayern braucht nicht mehr CSU-Zentralbürokratie. Davon haben wir mehr als genug und viel zu viel. Was Bayern braucht, ist mehr Dezentralität, ist mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung in den Regionen. Heimat muss ein

Begriff der Nähe bleiben, der Identität und Charakter stiftet. Heimat ist nichts Ferngesteuertes.

Deshalb sollte es Ihre erste Amtshandlung sein, Herr Minister, endlich den Kommunen mehr finanzielle Spielräume zu gewähren, so wie es SPD und kommunale Spitzenverbände seit vielen Jahren fordern. Konkret bedeutet dies: Erhöhen Sie den kommunalen Anteil am bayerischen Steueraufkommen, stärken Sie die regionale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir halten es fast schon für eine zum Versagen verdamnte Konstruktion, ausgerechnet Bayerns Sparkommissar gleichzeitig mit dem Gegenteil dessen, wofür er eigentlich zuständig ist, zu betrauen, nämlich damit, die überaus großen Bedürfnisse der Regionen zu befriedigen. Der Finanzminister wird mit der Quadratur des Kreises beauftragt. Als Finanzminister muss er die Steuergelder zusammenhalten und sein nahezu uneinhaltsames Wahlversprechen, Bayern schuldenfrei zu machen, umsetzen. Als Heimatminister wird das genaue Gegenteil von ihm erwartet, nämlich mehr Geld für die Regionen auszugeben, und zwar deutlich mehr; denn diese Hoffnungen und Erwartungen hat der Ministerpräsident im Wahlkampf in den Regionen geschürt: mehr Geld im Süden, im Norden, im Westen und im Osten.

Der Regierungschef hat in allen Landesteilen goldene Wasserhähne versprochen, und Sie, Herr Söder, werden am Ende der Buhmann sein; denn Sie werden Ihre Sparziele nicht erreichen und zugleich die hohen Erwartungen der Menschen in den Regionen enttäuschen müssen. Ihre Ausgangsposition für das, was Sie werden wollen, hat sich damit deutlich verschlechtert, nicht etwa verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Ilse Aigner, der ab heute designierten Spitzenkandidatin der CSU für 2018. Ilse Aigner wird es dann richten sollen. Als stellvertretende Ministerpräsidentin hat sie eine gute Ausgangsposition. Wir kennen Ilse Aigner als Bundesverbraucherschutzministerin in Berlin. Im "Stern" wurde sie vor drei Wochen uncharmanterweise als "Pleiten-Pech-und-Pannen-Ministerin" etikettiert. Die "Süddeutsche Zeitung" bezeichnete sie als "Ankündigungsministerin". Wir kennen Frau Aigner vom Pferdefleisch-Skandal. Wir kennen Sie vom Dioxineier-Skandal. Wir kennen Frau Aigner vom Antibiotika-in-Masthühnern-Skandal. Wir kennen Sie von der Ehec-Krise - es ging damals um gefährliche Keime in Sprossen -, und wir wissen, was aus ihren Aktionsplänen geworden ist, nämlich nichts. Wir kennen sie von

der Ankündigung, überhöhte Dispozinsen gesetzlich zu regeln. Wir wissen, was daraus geworden ist, nämlich nichts. Wir wissen, dass sie sich einmal für den Datenschutz in sozialen Medien eingesetzt hat. Bei Facebook ist sie sogar ausgetreten. Auch aus dem Datenschutz ist nichts geworden. Bei der NSA-Affäre, als die Verbraucher in Deutschland nun wirklich die Hilfe der Ministerin dringend gebraucht hätten, hat sich Frau Aigner erst gar nicht eingemischt, sondern regelrecht weggeduckt.

Wir hoffen, meine Damen und Herren, dass Frau Aigner bei der Energiewende mehr Tatkraft und mehr Durchsetzungsvermögen an den Tag legt. Ankündigungen allein werden hier nicht reichen. Wir werden die Umsetzung ihrer Ankündigungen ganz genau kontrollieren. Sie müssen liefern.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt im Übrigen für die gesamte Bayerische Staatsregierung, das gesamte Kabinett. Sie sind nun in der Pflicht, Sie sind nun in der Verantwortung. Trotz manch angebrachter Skepsis wünschen wir Ihnen dabei eine glückliche Hand.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger. Bitte, Herr Kollege.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor der Entscheidung, wie das Kabinett aussieht und wie wir uns als Landtag zu dem Vorschlag des Ministerpräsidenten positionieren.

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier die konstruktive Unterstützung des Hohen Hauses erbeten. Ich glaube, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gehört es auch, die Ziele und Themen zu hinterfragen. Die wichtigsten Themen, die hier geradezu nach einer Korrektur rufen und die Sie teilweise in Ihrem Kabinettszuschnitt abbilden wollen, sind die Themen Energiewende, Bildung und Regionalität, ohne andere hintanstellen zu wollen, aber das sind die drei Kernthemen, um die es bei diesem Zuschnitt gehen sollte.

Uns als FREIE WÄHLER hat im Vorfeld die ganze Debatte gestört, wer denn der Superminister ist, wer die Superministerin ist, wer "super-superer" ist als der andere. Aufgrund dessen hatte man den Eindruck, dass ein gewisser Kabinettszuschnitt auch darauf abgezielt hat, hier vielleicht ein paar Leute noch in der Balance zu halten, ein paar Leute gegeneinander zappeln zu lassen, damit nicht der eine oder die ande-

re zu schnell Oberhand bekommt. Wenn jeder ein Super-Markus oder eine Super-Ilse ist, dann wird das am Ende schon einige Zeit gut gehen.

Aber es geht um die Themen. Ich beginne mit der Energiethematik. Es war unsere Forderung als FREIE WÄHLER, ein eigenes Energieministerium einzurichten. Sie haben zwar die Kompetenzen gebündelt, aber in unseren Augen ist ein Ministerium, das nebenher noch für Medien und Film, für Wirtschaftsförderung und für diverse wirtschaftspolitische Entscheidungen zuständig ist, mit dieser Kompetenzbündelung wohl überfordert. Eine Bündelung mag gut sein, wenn an der betreffenden Stelle ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. In der jetzigen Konstellation sehen wir aber die Gefahr, dass aus drei bis vier Zuständigkeiten, die ein bisschen Zeit für die Energiewende hatten, ein Ministerium wird, das für die Energiewende ein bisschen Zeit hat, dass also unter dem Strich wahrscheinlich weniger für die Energie übrig bleibt als bisher.

Bisher war im Landwirtschaftsministerium auch das Thema der nachwachsenden Rohstoffe verortet. Wir hoffen, dass dieses Thema nicht völlig verloren geht. Vielleicht hat Frau Aigner im neuen Ministerium noch den Gedanken im Hinterkopf, dass nachwachsende Rohstoffe in der Landwirtschaft nicht nur unter finanziellen Aspekten zu sehen sind, sondern dass man neben der Biokraftstofferzeugung als Abfallprodukt auch Eiweißfuttermittel produziert. Ich hoffe, dass das den Bürokraten im Wirtschaftsministerium beizubringen ist, damit hier nicht wertvolle Fachkompetenz verloren geht.

Wir sehen, dass es bei der Energiewende notwendig ist, sich mit Lobbyisten anzulegen. Ich glaube, das wird die Hauptaufgabe sein. Auch hier wünsche ich Frau Aigner viel Durchsetzungskraft. Wir haben diese Durchsetzungskraft gegenüber Lobbyisten vielfach vermisst, wenn es um das Thema Gentechnik, wenn es um das Thema mafiöse Strukturen im Fleischhandel gegangen ist. Da hat man viel angekündigt, viel Aufklärung und harte Strafen versprochen, und gekommen ist am Ende nichts, und wenn, dann für die kleinen Strukturen zusätzliche Bürokratie. Beim Energieministerium sind wir also nicht von der Wirksamkeit überzeugt, weil es kein eigenes Ministerium geworden ist. Wir hätten uns das gewünscht.

Beim Thema Bildungskompetenz begrüßen wir an dieser Stelle die Zusammenführung mit dem Wissenschaftsministerium. Wir sehen aber trotzdem noch den frühkindlichen Bereich außen vor. Die ganze Debatte um die Qualitätssteigerung im frühkindlichen Bereich kommt zu kurz. Sie sehen die Probleme draußen, dass wir zu wenige Erzieherinnen haben, dass